Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Inserate-Annahme außerhalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte, Wilh. Scheller. — Breslau: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nootbaar, Adolf Steiner, William Wilkens. — Görlitz: C. Schoenwald. — Halle: D. Franz. — Minden: C. Marowski. —

Wien: M. Dukes, I., Wollzeile No. 6—8; A. Oppelik, I., Stubenbastei 2. — Frankreich, England und Belgien: Alleinige Annahme bei der Compagnie générale de Publicité Etrangère, John F. Jones & Cie. in Paris, 31bis rue du Faubourg Montmartre. — Schweiz: Orell Füssli & Co., Zürich.

Nr. 3. [37. Jahrgang.] Berlin, Mittwoch den 5. Januar 1898. [37. Jahrgang.] Nr. 3.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen; bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich 4 Mark, für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei den Postanstalten angenommen. Für Berlin nehmen sämmtliche Zeitungs-Spediteure und die Expedition, Wilhelmstraße 32, Abonnements zum Preise von 4 Mark vierteljährlich, sowie die Post-Expeditionen von 4 Mark 40 Pf. inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von 40 Pf. pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die Redaktion der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: Berlin 48, SW. Wilhelmstraße 32, zu richten, und wird gleichzeitig Honorarangabe erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung; unbenutzte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden.

Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3348. Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3348.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, den 4. Januar.

Wie gestern gemeldet, wurde zur kaiserlichen Frühstückstafel gestern der Erzbischof von Posen-Gnesen, Dr. von Stablewski, gezogen. Vorher machte Herr v. Stablewski dem Herrn Reichskanzler einen Besuch und hatte mit Sr. Durchlaucht dem Fürsten zu Hohenlohe eine längere Unterredung.

Der „Reichsbote" hat gestern die Nachricht verbreitet, Se. Durchlaucht der Prinz Alexander zu Hohenlohe wäre als Regierungspräsident für Wiesbaden in Aussicht genommen. Diese Meldung beruht auf Erfindung.

Fürst Bismarck erläßt in den „Hamb. Nachr." folgende Danksagung:

„Friedrichsruh, den 2. Januar 1898.

Zum Jahreswechsel sind mir in Form von Telegrammen, Karten und Briefen so viele Begrüßungen zugegangen, daß ich bei meiner leidenden Gesundheit nicht im Stande bin, sie einzeln zu beantworten. Ich bitte deshalb meine Freunde, meinen herzlichen Dank für ihr freundliches Gedenken und meine guten Wünsche für das neue Jahr hierdurch entgegenzunehmen.

v. Bismarck."

Ueber das Befinden des Fürsten schreibt das genannte Blatt:

„Seit mehreren Tagen sind abermals beunruhigende Gerüchte über das Befinden des Fürsten Bismarck verbreitet. Sie entbehren glücklicher Weise der Begründung. Der Fürst leidet an Podagra, was schmerzhaft, aber nach ärztlicher Ansicht nicht gefährlich ist. Graf Herbert und Professor Schweninger sind am Sonntag wieder von Friedrichsruh abgereist."

Der Kapitain zur See Rosendahl ist durch Allerhöchste Kabinetsordre vom 3. d. M. von der Stellung als Präses des Torpedo-Versuchskommandos und vom Kommando S. M. S. „Friedrich Karl" entbunden und zum Befehlshaber an Land über die deutschen Streitkräfte in Kiautschau ernannt.

Bekanntlich ist es eine der ersten Aufgaben des vom Reichskanzler berufenen Wirthschaftlichen Ausschusses und seiner verschiedenen Kommissionen gewesen, die technischen Unterlagen zu Erhebungen über die inländische Gütererzeugung auszuarbeiten. Die Mitglieder des Ausschusses haben sich im Verein mit besonders zugezogenen Sachverständigen aus den einzelnen Erwerbsgruppen die Erledigung dieser Aufgabe derart angelegen sein lassen, daß für eine Reihe der wichtigsten Industriezweige, namentlich in der Textilindustrie, chemischen Industrie, Eisenindustrie, Glas- und keramischen Industrie, Fragebogen theils ganz, theils nahezu fertiggestellt sind, so daß deren Aussendung bereits im Januar d. J. erfolgen wird, während die Erhebungen für die übrigen Erwerbszweige sich unmittelbar anschließen werden. Die Fragebogen sind so verschiedenartig gestaltet, daß sie sich den besonderen Verhältnissen jedes Gewerbes mit möglichster Genauigkeit anpassen.

Hiernach wird an die deutschen Erwerbtreibenden binnen kurzer Frist das Ersuchen des Reichskanzlers herantreten, durch Ausfüllung der ihnen zugehenden Fragebogen den Inhalt und Umfang ihrer Produktion zu kennzeichnen und ihre Wünsche in Bezug auf die Förderung des Absatzes darzulegen. Die damit für den Einzelnen verbundene Mühewaltung ist äußerst gering, da die Fragebogen sich auf einige wenige wichtige Fragen beschränken. Daß die deutschen Produzenten durch genaue und gewissenhafte Antworten bereitwillig an der Erfüllung einer Aufgabe mitwirken wollen, welche in dieser Art und diesem Umfange bisher noch niemals unternommen worden ist, darf mit Bestimmtheit erhofft werden. Denn die Ermittlungen verfolgen ausschließlich den Zweck, die Gesammtinteressen jeder einzelnen Erwerbsgruppe kennen und würdigen zu lernen, damit diese Interessen demnächst gegenüber denjenigen der übrigen Industriezweige richtig abgewogen und gegenüber dem Wettbewerb des Auslandes mit Sachkunde vertreten werden können. Jede Lücke in den Ermittlungen, jedes hinter der Wirklichkeit erheblich zurückbleibende oder sie überschreitende Ergebniß der Erhebungen würde eine mangelhafte und demnach abträgliche Beurtheilung der zum Wohle des betreffenden Handelsartikels zu ergreifenden Maßnahmen zur Folge haben. Daher dient der Einzelne lediglich seinem eigenen Interesse, wenn er durch sorgfältige Angaben zu einem zutreffenden Ueberblick über die Verhältnisse seines Erwerbszweiges beiträgt.

Die ausgefüllten Fragebogen gehen unmittelbar an das Reichsamt des Innern und gelangen ausschließlich zur Kenntniß der mit den Zusammenstellungen betrauten Beamten des Reichs; es ist also die strengste Geheimhaltung gewährleistet und eine Verwerthung für anderweite Zwecke völlig ausgeschlossen.

Sudan.

In überraschender Weise treten heute die militairischen Bewegungen der Engländer in der Richtung auf den egyptischen Sudan in den Vordergrund. Aus London telegraphirt man unter gestrigem Datum:

Die Verschiebung zweier englischer Bataillone, sowie einer Abtheilung Pioniere von der egyptischen Besatzung nilaufwärts erregt hier beträchtliches Aufsehen. Weitere zwei Bataillone sollen folgen. Der Ausfall der egyptischen Besatzung wird gedeckt durch Nachschub von Malta und England, sowie durch zwei von Indien zurückkehrende Bataillone. Man erklärt hier diese Truppenbewegung durch die seit zehn Tagen umlaufenden Gerüchte über einen drohenden Vorstoß der in Metemmeh stehenden Derwische gegen Berber, aber auch durch die Vorbereitungen für den Angriff auf Khartum, der nach Vollendung des Bahnbaus bis Berber schon im April möglich, [illegible] durch das französische [illegible] auf das 300 [illegible] oberhalb Khartum liegende [illegible] würde. In hiesigen militairischen Kreisen [illegible] das Kontingent von vier englischen Bataillonen [illegible] Stärkung des egyptischen Heeres bei einem [illegible] Zusammenstoß mit den Derwischen. Andererseits gilt [illegible] als ein äußerst vorsichtiger Führer, der den [illegible] für die Anforderungen der Lage besitzt, allerdings auch [illegible] die Leitung des Feldzuges in den [illegible] des Sudan [illegible] bei der Aussendung eines größeren [illegible] Ernennung eines höheren englischen [illegible]

Daß ein Vordringen der Franzosen von Faschoda [illegible]

Den neuesten Informationen des „Reuterschen Bureaus" zufolge wäre der Zweck der Sendung englischer Truppen nach Wady Halfa und von Verstärkungen nach Kairo zu deren Ersatz eher defensiver als offensiver Natur. Die Maßnahme ist durch den seitens der Derwische angedrohten Vormarsch begründet und bedeutet nicht einen sofortigen Vormarsch der englisch-egyptischen Truppen gegen die Derwische. Uebereinstimmend damit läßt sich die „Ag. Havas" aus Kairo berichten: Der Abgang zweier englischer Regimenter von dreien aus Unteregypten läßt die Absichten der Regierung deutlich erkennen. Die sicher während der Festtage eingelaufenen ernsten Nachrichten zwingen die Engländer, welche geneigt waren, ruhig zu überwintern, in fieberhafter Eile die unterschiedslose Rekrutirung aller verfügbaren Eingeborenen zu vollenden.

Mit ihren Kanonenbooten operiren die Anglo-Egypter schon bis nach Schendi und Metemmeh, welche beiden Ortschaften ungefähr in der Mitte des Wegs zwischen Berber und Khartum liegen. Vorgestern früh passirten egyptische Kanonenboote Schendi und Metemmeh und fuhren 20 engl. Meilen weiter stromaufwärts. Die Derwische eröffneten von beiden Ufern aus ein heftiges Feuer auf dieselben, das jedoch durch die egyptischen Schnellfeuergeschütze zum Schweigen gebracht wurde. Vier Frachtschiffe wurden von den Kanonenbooten vor ihrer Rückfahrt gekapert.

Ein Beweis dafür, daß die Engländer gar nicht daran denken, daß ihnen die Kontinuität der Verkehrsverbindung zwischen Kapstadt und Alexandrien durch das Dazwischentreten irgend einer Macht erschwert werden könnte, darf in dem Bericht eines Mitarbeiters der „Financial Review" gefunden werden, der in Kapstadt mit dem nach England zurückkehrenden Dr. Jameson zusammentraf. Dr. Jameson versicherte dem Berichterstatter, daß der transafrikanische Telegraph in drei Jahren vollendet sein werde. Man sei eben daran, ihn von Nyassaland aus nach Uganda zu verlängern. In Khartum, das inzwischen von dem Sirdar Kitchener besetzt werden würde, könne die Vereinigung der von Süden herkommenden Engländer mit den Anglo-Egyptern erfolgen, und dort würden die beiden Endpunkte des Afrika durchquerenden Telegraphen zusammentreffen.

Ostasien.

Im Missionsbezirk von Tsao-tschau, der in der chinesischen Provinz Schantung westlich von der Mission Yen-tschou gelegen ist, hatte in den letzten Tagen des Dezembers der chinesische General Wan-yen-hau eine sehr feindselige Haltung gegen die christlichen Missionare und ihre chinesischen Zöglinge angenommen. Auf telegraphische Beschwerde des Provikars Freinademetz erhob die kaiserliche Gesandtschaft in Peking Vorstellungen bei der chinesischen Regierung und beantragte die Absetzung des Generals. Hierauf ist, wie unserer Gesandtschaft nach wenigen Tagen von dem chinesischen Auswärtigen Amte mitgetheilt wurde, der General seines Amtes enthoben worden.

Der „Kölnischen Zeitung" wird von ihrem Berichterstatter aus Paris gemeldet: Gegenüber der Pekinger Meldung der „Times" über Anleiheverhandlungen zwischen Rußland und China vernehme ich von sehr gut unterrichteter Seite, daß seit dem vorigen Donnerstag wegen einer chinesischen Anleihe in London sehr ernste Verhandlungen im Zuge sind. Der zwischen Petersburg und Paris gemachte Versuch ist hier gescheitert an der Forderung des Ministers des Auswärtigen, Hanotaux, welcher verlangte, daß die in Frankreich aufzubringende Anleihe von einer französischen Bank ausgegeben sei, während der russische Minister des Auswärtigen, Graf Murawjew, sie für die russisch-chinesische Bank vorbehalten wissen wollte. China bot darauf die Anleihe in London an und suchte zugleich die Befürwortung der englischen Regierung nach. In Folge der jüngsten Ereignisse soll nun von diesen beiden Seiten der Plan ganz ernstlich erwogen werden. Als Sicherheit für eine Anleihe von 400 Millionen Francs soll eine innere chinesische Grundsteuer und dadurch eine gewisse Kontrolle in Erwägung stehen. Das Haupt dieser Kontrolle solle ein Engländer und der Nachfolger des heutigen Zollvorstehers Sir Robert Hart, ebenfalls ein Engländer werden. Außerdem bestände das britische Kabinet auf einem Gebietszugeständniß, das vor der Hand geheim bliebe.

Hinsichtlich der Angaben der „Times" soll es richtig sein, daß von russischer Seite neuerdings den Chinesen angeboten worden sei, die in Paris gescheiterte Anleihe unter günstigeren Bedingungen als in London in Deutschland anzubieten.

„Daily Chronicle" erfährt aus Washington von erster diplomatischer Seite, es bestände völliges Einvernehmen zwischen Frankreich und Rußland in Bezug auf die Verhältnisse in Ostasien. Die Bemühungen, Deutschland zum Anschluß an Frankreich und Rußland zu bewegen, seien bisher nicht von Erfolg gewesen. Die Bewegung sei gegen England gerichtet. Frankreich und Rußland seien jetzt überzeugt, daß die Vereinigten Staaten England keinen Beistand leisten würden, wenn ein Konflikt eintreten sollte.

Die „Daily Mail" bringt den folgenden Auszug aus einem Aufsatz des halbamtlichen „North China Herald": „Wenn das britische Geschwader nach Korea gesegelt ist, um das Werk der Russen zu nichte zu machen, so ist ein Feuer angezündet worden, welches die Diplomatie nicht auslöschen kann. England und Japan haben einen Grund zum Einschreiten, welcher nicht in Frage gestellt werden kann. Lord Salisbury hat eine gute Chance in China, die so dringende Anleihe zu garantiren und auf diese Weise ein moralisches Protektorat über dieses Reich zu übernehmen. Unser Interesse ist es nicht, daß China getheilt wird, selbst wenn wir das Yangtse-Thal erhalten. Weist Lord Salisbury die Chance von der Hand, so wird sich China Rußland zuwenden. Dieses wird das Protektorat gern übernehmen."

Mit Bezug auf die englische Flotte liegen in Londoner Blättern folgende Notizen vor:

Im Schiffsbauhofe von Devonport herrscht keine ungewöhnliche Thätigkeit und werden nicht weitere Schiffe für den Dienst in den ostasiatischen Gewässern in Bereitschaft gestellt. Nur die gewöhnlichen [illegible] Ausbesserungen und Besichtigungen der Schiffe werden vorgenommen.

Der zum Befehlshaber des britischen Geschwaders in [illegible] Seymour [illegible]

bei dem Entsatz von Singpoo und der Eroberung von Kah Ding. Während des Krim-Feldzuges war Vizeadmiral Seymour Midshipman auf dem „Terrible" und wohnte den Bombardements von Odessa und Sebastopol und der Einnahme von Kertsch bei. Während des egyptischen Krieges von 1882 befehligte er die „Iris".

Wie das „Reutersche Bureau" erfährt, lautet der Kontrakt, unter welchem Mr. M'Leary Brown von der Regierung von Korea angestellt wurde, auf fünf Jahre. In etwa 18 Monaten ist sein Amtstermin abgelaufen.

Ein letzte Woche von China nach England zurückgekehrter Engländer sagte einem Vertreter des „Reuterschen Bureaus" u. A. Folgendes:

„Die neue Eisenbahn nach Peking macht den strategischen Werth von Port Arthur größer als je. Von Tientsin fährt man jetzt mit der Bahn in acht Stunden nach der chinesischen Reichshauptstadt. Früher dauerte die Reise drei Tage. Ueberall an der Bahn stößt man auf Engländer. Die meisten höheren Beamten sind Engländer. Selbst die Posten der Billetverkäufer, Lokomotivführer und Zugführer sind mit Engländern besetzt. Die Bahn, welche jetzt von Tientsin nach Niutschwang angelegt wird, erbauen Engländer. Es ist aber klar, daß diejenige Macht, welche Wei-Hai-Wei besitzt, eine noch günstigere Stellung inne hat, als diejenige, welche sich in Port Arthur niedergelassen hat. Von Wei-Hai-Wei aus kann man jederzeit die Einfahrt und Ausfahrt von Schiffen aus den Golf von Petschili hindern."

Die neueste aus Tonkin in Marseille eingetroffene Post meldet, daß der Major Gosselin, der Hauptmann Bourgignon und ein Marine-Artillerieoffizier Smit ausersehen seien, einen Forschungszug in die Provinz Yünan zu unternehmen, der ungefähr zwei Jahre dauern werde. Die politische Leitung des Zuges sei dem Obersten Pennequin anvertraut. Außerdem würden sich an dem Zuge betheiligen zwei Ingenieuroffiziere, ein Vertreter des Ministeriums des Aeußern und einer des Kolonialministeriums.

Indien.

General Lockhart wird auf dreimonatigen Urlaub nach England reisen, sobald er seinen Bericht über die zukünftig einzuschlagende Grenzpolitik vollendet hat. Während seiner Abwesenheit wird General Palmer das Tirah-Kontingent befehligen.

Falls die Boerwals sich nicht bis zum 6. d. Mts. ergeben, werden die Truppen am folgenden Tage die Grenze des Landes überschreiten.

Die Zakka Khels haben die Straße von Ali Musdschid nach Landi Kotal gesperrt. Die Depeschen des Generals Hammond über die Kämpfe im Bori-Paß sind deshalb nicht bei General Lockhart eingetroffen. Das Oxfordshire-Regiment hat einige starke Gefechte zu bestehen gehabt. Während ein Theil des Regiments einen Transport zu geleiten hatte, feuerte der hinter einer Mauer im Khaibar-Passe stehende Feind eine Salve auf die Kolonne. Oberst Plowden, Lieutenant Owen und eine Anzahl Gemeiner wurden verwundet. Die Abtheilung suchte Schutz in einer Schlucht. Es fand sich aber, daß sie zu ausgesetzt war. Der Feind erneuerte das Feuer und fügte den britischen Truppen weitere Verluste zu. Die Abtheilung konnte nicht aus der Schlucht heraus, bis eine andere Kompagnie Hülfe brachte. Der Feind zeigt, wie der Reutersche Bericht hinzufügt, große Stetigkeit und verfolgt alle Proviant- und Fouragekolonnen.

Der im Khaibar-Paß ermordete britische General Sir Henry Marshman Havelock-Allan war der Sohn des berühmten Generals Havelock, des Helden von Lucknow, eines der verdienstvollsten und zugleich reinsten Offiziere während der indischen Meuterei. Der Ermordete wurde 1830 in Indien geboren. Im Alter von 16 Jahren trat er in die Armee ein. Seinen ersten Feldzug machte er 1857 gegen Persien mit. Während der indischen Meuterei 1857 bis 1859 wurde er dreimal verwundet und erhielt wegen seiner hervorragenden Tapferkeit das Viktoriakreuz mit Schwertern. Warum Sir Henry Havelock-Allan sein Geleite verließ, ist bis jetzt nicht erklärt. Er hatte dem General Lockhart eigens versprochen, sich keiner Gefahr auszusetzen. Ein aktives Kommando hat er in dem jetzigen Grenzfeldzuge nicht bekleidet, sondern nur die Erlaubniß erhalten, Lundi Kotal zu besuchen. Ehe man die Leiche auffand, glaubte man, Sir Henry sei von den Afridis gefangen genommen worden. Deren Wunsch, einen hohen britischen Offizier als Geisel zu bekommen, war im britischen Lager wohl bekannt. — Die Herzogin von Albany theilte am Freitag im Auftrag der Königin der Wittwe des Generals dessen Tod mit. Der verstorbene General ist auch als Militairschriftsteller aufgetreten. Seine Aufsätze im letzten Jahr über englische Militairreform erregten nicht unbedeutendes Aufsehen. Er verfocht darin die Ansicht, daß es die Pflicht jedes jungen Engländers, für dessen Erziehung der Staat gesorgt habe, sei, vom 9. bis 21. Jahre den Waffendienst zu erlernen. Aus den Freiwilligen möge eine Reserve für die reguläre Armee gebildet werden. Sie bestehe nur aus Solchen, welche sich freiwillig zum Eintritt meldeten.

Oesterreich-Ungarn.

Die gestrige Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses nahm einen ziemlich bewegten Verlauf. Zwischen mehreren Abgeordneten der Unabhängigkeitspartei und dem Ministerpräsidenten Banffy kam es wegen der Entscheidung in der Quotenfrage, sowie wegen der Neujahrsrede Banffys, in welcher er das Vorgehen der Unabhängigkeitspartei scharf getadelt, wiederholt zu stürmischen Auseinandersetzungen. Schließlich erklärte Banffy, daß die Regierung für alle Maßregeln in der Angelegenheit der Aufrechterhaltung des status quo volle Verantwortung trage und sich durch das unrichtige Vorgehen der Unabhängigkeitspartei nicht irritiren lassen werde.

Das „W. T. B." übermittelt folgenden Sitzungsbericht:

Der Präsident legt eine Zuschrift des Ministerpräsidenten über die königliche Entscheidung betreffend Erhaltung des status quo in der Quotenfrage vor. Mehrere Abgeordnete der äußersten Linken verlangen, daß die königliche Entscheidung behufs Erörterung auf die Tagesordnung gesetzt werde. Ministerpräsident Baron Banffy bittet, die Entscheidung zur Kenntniß zu nehmen, weil deren [illegible] Das Haus beschließt die einfache Kenntnißnahme. Der Ministerpräsident erklärt sodann, die Regierung war [illegible] Verfügungen zur Erhaltung des status quo zu treffen [illegible] [illegible]

In Oesterreich setzt Frhr. v. Gautsch die Besprechungen fort, auf Grund deren später etwa Vorschläge zu einer Begleichung der zwischen den Parteien bestehenden Differenzen gemacht werden können. Anläßlich der bevorstehenden Eröffnung des böhmischen Landtages fand gestern auf Einladung des Ministerpräsidenten bei demselben eine unverbindliche Aussprache über die politische Lage statt, an welcher die Landtagsabgeordneten Schlesinger, Lippert, Funke und Pergelt Theil nahmen. Beschlüsse waren weder beabsichtigt, noch sind solche gefaßt worden. Einer Blättermeldung zufolge empfing Freiherr v. Gautsch gestern auch eine Deputation des Prager „Deutschen Vereins für städtische Angelegenheiten", welche eine Denkschrift über die Beschwerden und Wünsche der deutschen Bevölkerung Prags überreichte, desgleichen eine Deputation der Prager israelitischen Kultusgemeinde. Beide Deputationen schilderten die Lage der Deutschen in Prag; die letztere erbat staatliche Entschädigung für die anläßlich der letzten Exzesse geschädigten Israeliten.

Unter den Deutsch-Klerikalen macht die nationale Bewegung immer größere Fortschritte. Unser Wiener fl.-Korrespondent schreibt uns darüber:

Gestern hat Abg. Kapferer von der Katholischen Volkspartei in einer Wählerversammlung hervorgehoben, daß es mit Hochhaltung der religiösen Ueberzeugung der Partei wohl vereinbar sei, mit den Deutschen anderer Parteirichtung den slawischen Uebergriffen entgegenzutreten. Vor Allem, sagte der Abgeordnete, müssen wir mit den übrigen Deutschen zusammengehen, um die unseligen Sprachenverordnungen zu beseitigen. Die Aufhebung derselben stellt sich als ein Gebot der Gerechtigkeit dar, da dieselben ein schweres Unrecht für die Deutschen Böhmens enthalten. Wir werden im Sinne des Dipaulischen Antrages versuchen, die Vermittlung zwischen den Deutschen und den Tschechen herbeizuführen. Ich hoffe und wünsche aber, daß wir in jedem Fall unter vollster Aufrechthaltung unserer Grundsätze bei der entschiedensten Zurückweisung jener Angriffe, die gegen unsere religiöse Ueberzeugung gerichtet sind, vereint und geschlossen als Deutsche zusammenstehen, um Unrecht und Bedrückung von den Volksgenossen abzuwehren und dem slawischen Vordringen widerstehen zu können, insbesondere aber, um ehemöglichst die Aufhebung der Sprachenverordnungen, deren Bedeutung anfänglich unterschätzt wurde, und die Aufhebung der gänzlich ungesetzlichen und geschäftsordnungswidrigen lex Falkenhayn erwirken zu können.

Spanien.

Wie aus Madrid berichtet wird, sind einige Generale von Berichterstattern um ihre Meinung über das Verhalten Weylers befragt worden. Bei dieser Gelegenheit billigte Marschall Lopez Dominguez, daß die Regierung die Angelegenheit Weylers dem Obersten Kriegsgerichte übergeben hat, und fügte hinzu, wenn die Botschaft Mac Kinleys Beleidigungen enthielt, war es Sache der Regierung, [illegible] gegen zu protestiren. General Orchando billigte [illegible] Protest Weylers, welcher den für Militairpersonen geltenden Bestimmungen nicht zuwiderlaufe. Mit dieser von „Wolffs Tel.-B." übermittelten Notiz ist nicht viel gesagt. Daß die liberale Regierung in der Armee ebenfalls ihre Anhänger hat, versteht sich von selbst. Wenn aber Lopez Dominguez als ebenbürtiger Einfluß dem General Weyler und seinem Anhang gegenübergestellt werden soll, so könnte ein solcher Versuch kaum als gelungen betrachtet werden.

Dem „Heraldo" zufolge hat der vielberufene Protest des Generals Weyler folgenden Wortlaut:

Ich trete heute vor die höchste Vertretung des Vaterlandes und des Heeres mit der achtungsvollen Bitte um Genugthuung, die ich für die Ehre der spanischen Waffen und meine eigene Soldatenehre für unumgänglich nothwendig erachte. Von einer so hohen Stelle aus, wie es die Präsidentschaft eines Staates ist, und bei einer so feierlichen Gelegenheit, wie die Eröffnung eines Parlaments, sind kürzlich derartige Beleidigungen gegen das spanische Heer ausgestoßen worden, daß es dem Unterzeichneten unfaßbar erscheint, daß sie ohne strenge und sofortige Zurückweisung seitens der Regierung E. M. geblieben sind. Die heldenmüthigen Soldaten, die ihr edles Blut auf den kubanischen Schlachtfeldern vergießen, um die spanische Herrschaft dort aufrecht zu erhalten, sind in feiger und grober Weise vor der ganzen Welt beschimpft und auf dieselbe niedrige Stufe mit jenen aufständischen Banditenhorden gestellt worden, die einer anständigen, ritterlichen Behandlung in keiner Weise würdig sind; die unter Billigung einer spanischen Regierung ergriffenen Maßregeln sind als infam und eines gesitteten Volkes unwürdig, die Befehle des Generals, der jenes Heer anführte, als brutal und als fähig bezeichnet worden, die zivilisirte Welt mit Schauder zu erfüllen. Wenn es sich nur um Beleidigungen handelte, die gegen den Unterzeichneten geschleudert werden, so würde er sie mit Stillschweigen hingenommen haben, ohne sich darüber zu beklagen, daß die Regierung ihn preisgegeben; es würde ihm im Gegentheil angenehm gewesen sein, so von Denen beurtheilt zu werden, die er für die entschiedenen Feinde Spaniens hält. Aber wenn es sich um Beleidigungen handelt, die das ganze Heer beflecken, wenn der Schimpf die Ehre jener unbesiegten, edelmüthigen und tapferen Soldaten berührt, so kann und darf der General, der an ihrer Seite gefochten und mit ihnen gelebt hat, der es sich zur Ehre anrechnet, das heldenhafteste und zahlreichste Heer der Gegenwart befehligt zu haben, und dessen Befehle ohne Ausnahme sich in dem geheiligten Ruf: Es lebe Spanien! zusammenfassen lassen, solche Anschuldigungen nicht dulden. Nein, der Unterzeichnete kann seine Waffengefährten nicht im Stiche lassen, und da die Beleidigungen dort ausgestoßen sind, wo er sie für eigene Rechnung nicht bestrafen kann, so tritt er heute vor Eure Majestät und bittet um die nöthige Genugthuung für unsere mit Füßen getretene militairische Ehre; denn so lange die vom Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika ausgestoßenen Beleidigungen ohne energische und würdige Antwort bleiben, ist der Unterzeichnete der Ansicht, daß die spanischen Soldaten ihre Uniformen nicht mehr mit Stolz tragen können. Oeffentlich ist die Beleidigung gewesen; eine öffentliche, weitgehende und sofortige Genugthuung muß daher gefordert werden. Nicht der Unterzeichnete verlangt dies; die Ehre Spaniens erfordert es gebieterisch, jene Ehre, die man in unserem Heere, dem lebendigen Vertreter des Vaterlandes, dessen erste und höchste Stelle die erhabene Person Sr. Majestät des Königs einnimmt, mit Schmutz beworfen hat. Nicht als Gunstbezeugung, sondern unter Anrufung der Gefühle der Ehre und Gerechtigkeit, denen gegenüber sich der Thron nicht taub zeigen kann, bittet der Unterzeichnete ehrfurchtsvoll Ew. Majestät, die Regierung dahin zu beeinflussen, daß sie den spanischen Waffen eine für ihre Würde unumgänglich nothwendige Genugthuung zu verschaffen suche.

In dem nicht unter Romero Robledos Führung stehenden Theil der konservativen Partei scheint die Stimmung eine unentschlossene und schwankende zu sein. Einer der Fraktionshäuptlinge, die sich mit Robledo um die Führerschaft stritten, ist der Kammerpräsident Pidal. Dieser hielt gestern in dem Klub der Konservativen eine Rede, in welcher er die Politik [illegible] [illegible]